„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann, Geschäftsführender Direktor,
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASSN. LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Der Kriegsveteran und die Deutschen

Jeder, der mit offenen Augen und Ohren hierzulande umhergeht, wird sich wohl kaum einer Täuschung darüber hingeben, daß, trotz aller gelegentlichen schönen Phrasen von Toleranz, „British fair play" usw. stets eine gewisse „foreign" feindliche Strömung in Canada im Gange ist. Manchmal ist diese Strömung nur unterirdisch und tritt nicht so stark an die Oeffentlichkeit, während zu anderen Zeiten die angesammelte Erbitterung und Verärgerung sich in lauten Anklagen und wüsten Beschimpfungen Luft macht.

So ließ vor einigen Tagen ein anonymer Einsender im „Regina Daily Star" seinem Haß gegen die Fremdgeborenen und namentlich gegen die Deutschen freien Lauf, indem er schrieb:

„Vor wenigen Jahren wurden wir dazu verwendet und dafür bezahlt, jene zu töten, die heute uns Brot und Butter vor der Nase wegnehmen. Würden sie Canada verteidigen, wenn es jemals notwendig sein sollte? Die Albert Memorial Brücke (in Regina) soll jenen Männern von Regina geweiht sein, die im Weltkrieg gefallen sind. Das ist ganz schön und wird von den Kriegsveteranen, die das Glück hatten, zurückzukehren, dankbar anerkannt. Aber was würden die Kameraden von Regina, die getötet und drüben begraben worden sind, sagen, wenn sie heute zurückkämen und sehen würden, **daß der Feind von ehedem in Regina eingedrungen ist,** während die Kameraden, die an ihrer Seite kämpften, wie Schafe sich zusammenscharen, um Arbeit zu bekommen und ihren Leib vor dem Verhungern zu bewahren? Kann dies beantwortet werden? Oder war das Opfer umsonst? Wir wollen keine Wohltaten, sondern ehrliche Arbeit, damit unsere Kinder leben und der Früchte unseres Opfers sich erfreuen können. **Aber wir wollen nicht die Sprache unserer ehemaligen Feinde an jeder Arbeitsstelle unserer Stadt hören.** Was könnten wir sonst unseren Kindern antworten, wenn sie uns fragen: „Daddy, wofür hast du im Weltkrieg gekämpft?"

Eine solche offenkundige Hetze gegen uns Deutsche muß man sich vor Augen halten und zu Gemüte führen, wenn man in einer schwachen Stunde einmal geneigt sein könnte, wirklich an die Gleichberechtigung aller canadischen Bürger oder an das schöne Wort von „British fair play" zu glauben. Die „Gleichberechtigung" zittert nur so lange, als eine Wahl vor der Türe steht und man auf die Stimmen der „Foreigners" angewiesen ist. Als ganz angenehme Mitbürger würden wir auch eingeschätzt, wenn jene von uns, die noch etwas Arbeit und Verdienst haben, zu Gunsten der Leute vom Schlage des oben zitierten Weltkriegsveteranen auf ihre Stellungen verzichten und sich und ihre Familien der bittersten Not preisgeben würden. „Gleichberechtigt" sind wir auch — wenigstens auf dem Papier — solange wir keine besonderen Rechtsansprüche geltend machen oder ohne jeden Kampf alles aufgeben, was uns lieb und teuer ist. Mit anderen Worten: wir sollten uns als die am Boden kriechenden Untergebenen der hohen Herren von der Sorte des angeführten Weltkriegsveteranen fühlen und dementsprechend benehmen. Am liebsten hätten es diese Herren, wenn wir uns ganz dünn machen und vollständig von der Bildfläche verschwinden wollten. Diese Freude werden wir aber — trotz unserer Menschenfreundlichkeit — den Herren nicht machen. Sie werden sich einfach daran gewöhnen müssen, daß neben dem Englischen auch die deutsche Sprache in Regina und anderwärts in Canada erklingt. Sie werden sich aber auch mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß der deutsche Einwanderer und der canadische Bürger deutscher Abstammung das nämliche Recht auf Brot und Verdienst haben wie der „Old Contemptible" des „Regina Daily Star" und sich dieses Recht auch nicht nehmen lassen.

Passagierflugdienst über den Atlantik

Dr. Edmund Rumpler, Besitzer der Rumpler-Flugzeugwerke in Hannover und im Weltkrieg international bekannt gewordener Konstrukteur der auf deutscher Seite zu Hunderten verwendeten „Rumpler Tauben", traf auf dem Dampfer „Albert Ballin" in New York ein, um die amerikan. Organisation seines geplanten atlantischen Passage-Flugdienstes in die Wege zu leiten. Er brachte das Modell eines von ihm konstruierten Wasserflugzeuges mit, welches, wie er sagte, bedeutende Verbesserungen gegenüber dem jetzt auf dem Fluge nach Amerika begriffenen „Do-X" darstellt, den Amerikaflug in 20 Stunden bewerkstelligen soll und bei einer Besatzung von 35 Mann 135 Passagiere befördern kann. Das neue Rumpler-Wasserflugzeug wird nur die Motoren im Rumpf haben; alle anderen Bedürfnisse für Passagiere und Mannschaft werden in den eine Spannweite von 260 Fuß habenden Flügeln untergebracht sein. Es soll selbst bei ungünstigen Witterungsverhältnissen einen Stundenflug von 190 bis 200 Meilen leisten und, wenn Dr. Rumplers Organisationspläne sich hier glatt abwickeln, soll der Passagierdienst für den Atlantik in spätestens anderthalb Jahren aufgenommen werden.

„Unser Dienst soll von Anfang an für Massenpassage eingerichtet werden," sagte Dr. Rumpler. „Selbstverständlich wird der Passagepreis um ein Beträchtliches geringer sein als auf Dampfern, denn wir werden die Passagiere nur für 20 Stunden zu verpflegen haben, während für die schnellsten Dampfer der Jetztzeit, bei denen auf eine nennenswerte Verminderung der Ueberfahrtszeit nicht sobald zu rechnen ist, mit einer Verpflegungszeit von sechs Tagen zu rechnen ist. Ein Passagier mag in 20 Stunden drei Mahlzeiten einnehmen und im gleichen Verhältnis in sechs Tagen achtzehn oder mehr; das ist ein gewaltiger Preisunterschied. Selbstverständlich kann ich mich auf einen Passagepreis, auch nicht auf einen mutmaßlichen, nicht heute schon festnageln lassen, aber es wird, gegenüber der Dampferpassage, ein sehr bedeutender Unterschied sein und wir rechnen aus ihm von allem Anfang an auf einen Massendienst, wenigstens sobald wir bewiesen haben, daß der Flugverkehr über den Ozean ebenso sicher gestaltet werden kann wie der Schiffsverkehr, woran bei dem heutigen Stande der Luftschiffahrt nicht mehr zu zweifeln ist."

Die Schuld an der jämmerlichen Lage Europas

Erfreulicherweise häufen sich auch auf französischer Seite die Stimmen, die vom Standpunkt der geschichtlichen Wahrheit und Gerechtigkeit auf zeitgemäße Abänderung des Versailler Unfriedensvertrags dringen. Soeben ist eine anerkannte Autorität, Edouard Guyot, Professor der Pariser Universität, der sich bereits mehrmals durch sein mutiges Eintreten für die Revision des Versailler Vertrags in der wissenschaftlichen Welt einen Namen gemacht, in der Pariser Zeitung „Volonte" mit einem beachtenswerten Angriff gegen das, was er den „unabänderlichen Vertrag" nennt, in die Reihe der Stürmer getreten.

Der ungeheure Irrtum dieses Vertrages, sagt er, an dessen Wert niemand mehr glaube, an dem aber niemand zu rühren wage, sei, daß er den unberechtigten Anspruch erhebe, für die Ewigkeit geschaffen zu sein. In der Wirklichkeit aber verkörpere er nur den angesammelten Haß der Vergangenheit und die Furcht vor einer Zukunft, die eine Wiederholung dieser Vergangenheit bringen könnte. Wenn Europa sich heute in einer jämmerlichen Lage befinde, so sei hauptsächlich der Abschluß der Friedensverträge schuld daran.

„In der Trunkenheit des Sieges," schreibt Guyot wörtlich, „in der Bitterkeit der Niederlage, während die Schreie der Verwundeten noch nicht verhallt sind, improvisiert man nicht das Statut eines ganzen Kontinentes. Wertvoller sogar als eine im Namen eines Grundsatzes mit noch zitternder Hand vorgenommene Operation ist die brutale schnelle Rache. Heute schleppt Europa die schlechte Erbschaft eines Sieges hinter sich, der die Wünsche der verschiedenen europäischen Elemente nicht ausgleicht und weder den wahren Bedürfnissen noch der Stärke eines jeden Rechnung trägt."

Der Vertrag, fährt Guyot fort, sei vielmehr einseitig gegen eine Gruppe von Kriegführenden gerichtet, die bestraft werden sollten. Eine Vereinbarung, die ausschließlich Ziele der Bestrafung verfolge, sollte aber nur so lange, als die Partner gemeinsame Interessen hätten, bestehen. Diese Stunde sei bereits überschritten. Der Versailler Vertrag bleibe von jetzt ab der „unabwendbare Vertrag". Er könne indessen nur revidiert werden wenn die verderbte Atmosphäre von Versailles die Stimmung wieder gesunden habe, die einer Versammlung der Gerechtigkeit zukomme. Andernfalls würden selbstsüchtige Interessen und Leidenschaften von neuem ihre bitteren Früchte tragen.

Weltumschau

12 Jahre deutsche Republik. Der 12. Jahrestag der Proklamation der deutschen Republik ist am 9. November im ganzen Reiche ruhig verlaufen. Amtlich wurde von dem Jahrestage keine Notiz genommen. Nur der sozialdemokratische Abgeordnete Heinrich Schulz, der frühere Statistiker im Ministerium des Innern ein persönlicher Freund des verstorbenen ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert, hielt eine Rede über den Rundfunk. Schulz erklärte, daß das Jahr 1918 noch zu sehr mit der Gegenwart verknüpft sei, um ein geschichtliches Urteil zu ermöglichen. Er bezeichnete es jedoch als eine absolute Lüge, daß die Sozialdemokraten die deutsche Revolution geplant hätten. Das Kommen der Republik sei einfach vom Schicksal bestimmt gewesen, sagte der Abgeordnete. Seitdem die Demokratie das frühere Kaiserreich übernommen habe, werde sie sich jedoch auch nicht ihrer Verantwortlichkeit entziehen. Heute gebe es kein Umkehren.

In Potsdam nahmen die studentischen Verbände den Tag zum Anlaß für eine eindrucksvolle Gedächtnisfeier in der Garnisonkirche zu Ehren der 10,000 studentischen Kriegsfreiwilligen wahr, die am 11. November in der blutigen Schlacht von Langemark fielen.

Die Sozialdemokraten hielten republikanische Massenversammlungen ab, in denen die Proklamation der Republik vor zwölf Jahren als ein Segen für das Vaterland bezeichnet wurde.

Preissenkung in Berlin. Der erste Schritt zu einer Verbilligung der Lebenshaltung in Berlin wurde getan. Eine Vereinbarung für die Herabsetzung der Preise für Brot und Schweinefleisch ist zu Stande gekommen, und billigere Kartoffeln und Milch wurden in Aussicht gestellt. Große Unzufriedenheit herrscht im Lande, da nach der eingetretenen Senkung der Löhne die Arbeiterklassen unter den seitherigen hohen Kosten der Lebensmittel sehr zu leiden haben.

In einer Konferenz zwischen dem Ernährungsminister und den Bäckern kam man überein, den Preis der Brotlaibe von 50 auf 45 Pfennig bei gleichzeitiger Erhöhung des Gewichts von 1225 auf 1250 Gramm herabzusetzen. Die Bäckermeister machten aber diese Brotverbilligung von der Zusage der Regierung abhängig, jeder Preistreiberei von Mehl im offenen Markt entgegen arbeiten zu wollen. Die Fleischer erklärten sich bereit, den Preis des Schweinefleisches um 5 Pfennig per Pfund herabsetzen zu wollen.

Zum österreich. Wahlergebnis. Die österreichischen Parlamentswahlen haben das Ergebnis gezeitigt, daß sich im Nationalrat zwischen den beiden einander beschdenden alten großen Parteien — den Christlich-Sozialen und den Sozialdemokraten — das Stimmenverhältnis zugunsten der Sozialdemokraten verschoben hat, daß der zwischen ihnen stehende frühere Bundeskanzler Dr. Johann Schober mit den 19 Stimmen seines Anhanges den Ausschlag geben wird und daß die Heimwehren, die, angespornt durch die Wahlsiege der Nationalsozialisten in Deutschland, zum ersten Male als selbständige Partei auftraten und den Parlamentarismus in Oesterreich zu bedrohen schienen, gar keine Rolle spielen werden, weil sie nur acht von den 165 Sitzen des Nationalrates erlangt haben.

Die Christlich-Sozialen, welche in Oesterreich zehn Jahre lang regierten, haben sieben von ihren 73 Sitzen im Nationalrat eingebüßt, und es sind ihnen nur 66 übrig geblieben. Die Sozialdemokratie, gegen welche alle anderen dreizehn Parteien ihre Wahlgeschütze richteten, haben dagegen nicht nur alle ihre Mandate behauptet, sondern auch noch einen Sitz im Nationalrat hinzuerobert, so daß sie jetzt mit ihren 72 Sitzen dort die stärkste Partei geworden sind.

Dr. Johann Schober, welcher im vergangenen Sommer von den Christlich-Sozialen aus dem Bundeskanzleramt herausgedrängt wurde, damit zwei Heimwehrführer zu Ministern gemacht werden konnten, hat durch den von ihm bewirkten Zusammenschluß der neugegründeten Wirtschaftspartei mit dem alten Landbund 19 Sitze im neuen Nationalrat erlangt und hält dort daher das Zünglein an der Waage.

Eine Koalitionsregierung dürfte die Folge des Wahlausfalles sein. Man glaubt, daß Dr. Seipel der Führer der Christlichsozialen und derzeitige Auslandminister, Dr. Schober überreden wird in das Kabinett mit einzutreten und eine Regierung aus Christlichsozialen und Schober-Leuten zu bilden. Dies würde eine arbeitsfähige Regierung ergeben, die sich auf 85 Stimmen stützen könnte, ohne Einrechnung der Heimwehr, die bei ihrer bekannten Einstellung sich nicht auf die Seite der Sozialisten schlagen würde.

Sollte Schober in die Regierung eintreten, dann dürfte der jetzige Kanzler Vaugoin aller Wahrscheinlichkeit nach zurücktreten, da er es hauptsächlich war, der den Sturz des Schober-Kabinetts vor einigen Monaten herbeiführte.

Oesterr.-deutscher Zusammenschluß. Eine in Wien geplante Massenversammlung der Sozialdemokraten unter freiem Himmel mußte zufolge des Regens unterbleiben. Es wurden dafür an zehn Stellen in geschlossenen Räumen Versammlungen abgehalten, wo die Frage des Anschlusses an Deutschland erörtert worden ist. Als Hauptredner trat an drei Stellen der deutsche Reichstagspräsident Loebe auf, der u. a. folgendes ausführte:

„Die innere Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht hängen enge mit der Außenpolitik zusammen. Die österreichische Arbeiterschaft soll nicht nach rückwärts auf die Habsburger, nicht seitwärts auf den Faschismus, der in Südtirol das Deutschtum knebelt, sondern vorwärts auf die große deutsche Republik blicken, die nach dem Anschluß von den Alpen bis zur Nordsee, von der Donau bis zum Rhein reichen und das Bürgerrecht und die Freiheit schützen würde. Der Anschluß ist deshalb ein Interesse Oesterreichs und Deutschlands."

Tardieu über Frankreichs Lage. Premier Tardieu sprach vor 4000 Kriegsbeschädigten des Pariser Arbeiterviertels La Villette und erklärte in seiner Rede, daß die Zeiten schwer seien, daß dieses aber keine Entschuldigung dafür sei, die Köpfe hängen zu lassen. „Seit einem Jahrhundert hat die Welt nicht mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt," sagte Tardieu. „In der jetzigen allgemeinen Krise sind wir jedoch verschont geblieben, und wenn wir diese bevorzugte Situation weiter genießen wollen, so dürfen wir keine Torheiten begehen."

Mit Bezug auf die in einigen Kreisen bemerkte Nervosität über politische Ereignisse in Deutschland und die Schwierigkeiten einiger Bankhäuser in Frankreich sagte der Premier: „Wenn die Ernte schlecht ist, was in allen Zeitaltern vorkommen kann, so prophezeit man den Untergang des Bauern. Wenn sich ein Bankkrach mit lediglich lokalen Ursachen und Auswirkungen ereignet, so werden die finsteren Wahrsagungen gemacht, als ob die Leute versuchten, eine Gefahr heraufzubeschwören, die garnicht vorhanden ist. Wenn in einem Nachbarlande bedauerliche Ereignisse stattfinden, so wird das Schlimmste erwartet, wobei man die Tatsache aus dem Auge verliert, daß moralische Kraft Handeln bedeutet, sich aber nicht in Worten ausdrückt."

Tardieu schloß seine Ausführungen, indem er den Veteranen den Rat gab, den Kopf hoch zu halten, um in Ruhe und Gelassenheit die Mission zu erfüllen, die von den früheren Soldaten erwartet wird.

Sprachenstreit in Belgien. Der belgische Premierminister Henri Jaspar und sein Kabinett boten König Albert ihren Rücktritt an. Der Rücktritt ist der Höhepunkt eines Streites betreffs des Gebrauches der flämischen oder der französischen Sprache. Kürzlich verbot die Regierung den Professoren der Staatsuniversität in Gent, wo jetzt Flämisch in Gebrauch ist, an ihrem Institut in Gent, wo das Französische gebraucht wird, Vorlesungen zu halten. Als Folge dieses Entscheids versammelte sich die freisinnige Vereinigung und verwarf das Vorgehen des Unterrichtsministers, der die Verantwortung für das Universitätsedikt trägt. Sie ersuchte die sieben freisinnigen Mitglieder des Kabinetts, für Rücknahme der Verfügung Sorge zu tragen. Die sieben Freisinnigen indessen hatten erst die Maßnahme gebilligt, und beschlossen daher lieber zurückzutreten als um Zurückziehung der Maßnahme zu bitten. Ein katholisches Mitglied trat dann zurück, um die Geschlossenheit des Koalitionskabinetts zu betonen, und Premierminister Jaspar überreichte die Rücktrittsgesuche der ganzen Gruppe dem König.

Aufmerksame Beobachter sind der Ansicht, daß, sollte die Krisis in der freisinnigen Partei andauern, die einzige Lösung allgemeine Wahlen sein würden, wobei dann die Sprachenfrage den Angelpunkt der Wahlkampagne bilden würde.

Eröffnung der Indienkonferenz. König Georg wandte sich bei der Eröffnung der Tafelrunde zur Erörterung der indischen Frage an die Vertreter Großbritanniens und Indiens mit der Aufforderung, für die zukünftige politische Entwicklung Indiens eine feste Grundlage zu schaffen. Der König erinnerte die Delegierten an die gerechten Forderungen der Majoritäten und Minoritäten, der Reichen und der Armen und der verschiedenen Rassen, Glaubensbekenntnisse und Kasten in Indien. Er meinte, nach seiner Ansicht liege die Lösung des Problems, Indien ein gewisses Maß von Selbstregierung zu gewähren, in der Zusammenfassung dieser Forderungen.

Das Herrenhaus war mit einer großen Anzahl Polizisten umstellt, als der König die Konferenz eröffnete. Man hatte ein besonders starkes Aufgebot heran gezogen, um irgend welche Kundgebungen gegen die Konferenz zu verhindern, da die Polizei vernommen hatte, verschiedene indische nationalistische Studenten hätten eine Störung geplant.

Im Verlaufe seiner kurzen Ansprache sagte König George fernerhin: „Jeder Einzelne von ihnen wird mit mir das tiefe Bewußtsein haben, wie viel für das britische Weltreich von dem Ausgang Ihrer Beratungen abhängt. Ich werde den Verlauf Ihrer Verhandlungen mit dem größten und sympathischsten Interesse verfolgen, wirklich nicht ganz ohne Sorge, aber auch mit vollem Vertrauen. Vor ungefähr zehn Jahren wies ich in einer Botschaft an meine indischen Gesetzgeber auf die hohe Bedeutung hin, die die Gründung dieser Körperschaft für die verfassungsmäßige Fortentwicklung Indiens hatte. Zehn Jahre bilden nur einen kurzen Zeitraum im Leben einer Nation, aber dieses Dezennium hat in allen dem britischen Weltreich angehörenden Nationen eine Beschleunigung und ein Wachstum der nationalen Aspirationen gesehen, die eine Herausforderung an das gebräuchliche Zeitmaß bedeuten. Es braucht nicht zu überraschen, daß es sich als notwendig erwiesen hat, die Ergebnisse dessen, was vor zehn Jahren begonnen wurde, abzuschätzen und zu überschauen, sowie weitere Vorkehrungen zu treffen."

Zugeständnisse an die Dominien. In der ihrem Ende zustrebenden britischen Reichskonferenz umging Premier MacDonald eine Beschlußfassung über die Erklärung des Freistaats Irlands, daß die Iren nicht mehr den britischen Kronrat, sondern nur ihr eigenes Obergericht als die höchste richterliche Instanz anerkennen. Es wurde stillschweigend anerkannt, daß fortan jedes Dominium entscheiden darf, welche höchste richterliche Instanz es anerkennen will. Ferner wurde den Dominien ein weiteres Zugeständnis durch einen formellen Beschluß gemacht, nämlich, daß künftig für irgendwelche Aenderung der Thronfolge im Britenreich die Zustimmung aller Parlamente der Dominien eingeholt werden muß.

Einer der weniger wichtigen Beschlüsse, die gefaßt wurden, war, daß eine Britin, die einen Ausländer heiratet und bisher dadurch vaterlandslos wurde, fortan britische Staatsbürgerin bleiben wird, bis sie das Bürgerrecht im Lande ihres Gatten erwirkt.

Polen möchte den Korridor behalten. Der polnische Ackerbauminister Janta Polczynski erklärte, es sei ein großer Fehler der polnischen Regierung sich in die Kontroverse über Pomerellen, den polnischen Korridor, hineinziehen zu lassen. In einer Rede über die polnische Wirtschaftslage sagte Polczynski, der zugleich Minister für Pomerellen ist: „Keine politische Autorität in Europa würde es wagen, eine Diskussion über Pomerellen anzuschneiden, auch ist kaum anzunehmen, daß die Deutschen ernstlich daran denken, die Frage aufzuwerfen. Die Deutschen sind durchaus nicht so naiv, zu denken, daß sie Pomerellen ohne einen europäischen Krieg als ihren Besitz bekommen können. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob vernünftige Deutsche angesichts ihrer Erfahrungen im Weltkrieg den Ausbruch eines solchen Kriegs herbeiwünschen. Polen sollte beständig an Pomerellen denken, aber davon so wenig wie möglich sprechen. Die polnische Regierung hält Pomerellen fest in der Hand; dies wird durch Tatsachen, nicht durch Worte erwiesen."

Das Detroit Rußlands. Die im Jahre 1221 gegründete Stadt Nishnij Nowgorod, bekannt in ganz Europa und Asien durch ihre großen Jahresmessen, hat den Ehrgeiz, sich unter dem Sowjet-Regime völlig modern zu entwickeln und in Zukunft das „Detroit Rußlands" zu werden. Dies Bestreben stützt sich auf die Tatsache, daß hier im Auftrage der Sowjet-Regierung die größte Automobil-Fabrik Europas gebaut wird. Die Bauarbeiten für diese Fabrikanlagen werden auch während des Winters ununterbrochen fortgesetzt, um die Fabrikgebäude zu vollenden und den Betrieb Ende nächsten Jahres aufzunehmen.

Unter Leitung mehrerer Ingenieure, welche von amerikanischen Motorfabrikanten der Sowjet-Regierung zur Verfügung gestellt sind, gehen die Bauarbeiten rüstig voran, und wenn kein Mangel an Arbeitskräften eintritt, wird zuversichtlich damit gerechnet, das ganze Werk planmäßig und noch vor Ablauf des fünfjährigen Industrialisierungsplanes vollenden zu können.

Rußlands erste große Motorenfabrik wird, wenn die volle Leistungsfähigkeit erreicht ist, 150,000 leichte Automobile und Lastautos jährlich liefern können. Im ganzen Bereich der Sowjet-Union ist derzeit ein großer Mangel an Kraftwagen. Die Regierung aber gibt so wenig wie möglich für die Einfuhr von Kraftwagen aus, und beschränkt die Ausgaben auf Beschaffung notwendiger Maschinerie, um bald eigene Kraftwagen zu bauen. Hier und in anderen Industriecentren werden derzeit Kraftwagen zusammengestellt, deren einzelne Teile in Amerika angefertigt wurden, doch später wollen die Sowjets ganz auf eigene Rechnung ihren Bedarf an Kraftwagen herstellen.

Nishnij-Nowgorod, am Zusammenfluß der Wolga und der Oka, soll nach dem Plane der Sowjet-Behörden zu einem der größten Industrieplätze des Landes entwickelt werden. Eine schnelle Zunahme seiner Einwohnerzahl von 200,000 auf 500,000 wird erwartet. Die Stadt soll sich auch zu einem großen Touristenplatz auswachsen, und von hier aus würden die ausländischen Besucher die Flußdampfer zur Weiterfahrt auf der Wolga benutzen.

Brasilianische Regierung anerkannt. Der deutsche Gesandte in Rio de Janeiro ist angewiesen worden, die neue brasilianische Regierung von ihrer Anerkennung durch Deutschland in Kenntnis zu setzen. Die Anerkennung der provisorischen Regierung Brasiliens durch das Reich ist von besonderem Interesse wegen des Zwischenfalles vom 25. Oktober, bei dem der deutsche Dampfer „Baden" beim Auslaufen aus dem Hafen von Rio de Janeiro von den Forts beschossen wurde. In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Anerkennung von Berlin eine baldige Erledigung des Zwischenfalls der „Baden" bedeutet.

(Von den Großmächten haben nunmehr die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Japan und Deutschland die neue brasilianische Regierung anerkannt.)

„Ist es nicht ein Skandal, daß 10 Jahre nach dem größten Kriege der Weltgeschichte — dem Krieg zur Beendigung der Kriege — sich die britische Rüstungsrechnung noch auf 110 Millionen Pfund beziffert?", rief Lloyd George auf dem kürzlich abgehaltenen liberalen Parteitag aus. „Sie sollten erbarmungslos beschnitten werden, weil man annehmen kann, daß die Länder keinen Krieg mehr anfangen werden, wenigstens nicht zu Lebzeiten der gegenwärtigen Generation. Der nächsten Generation können wir es überlassen, für sich selbst zu sorgen."

Hundert Tote bei Erdrutsch

12 Häuser eingestürzt; einige schon in Erwartung der Katastrophe von den Bewohnern geräumt

Lyons, Frankreich. — Es war eine traurige Nacht in Lyons, als Bergungsmannschaften die Trümmer von zwölf zerstörten Häusern durchsuchten, wobei sie damit rechneten, daß ihre Arbeiten die Zahl der Todesopfer auf 100 bringen würde.

Bis zum Abend waren nur drei Leichen aus den Ruinen am Rande des Fourviere-Berges geborgen worden, wo der Boden unter dem Dutzend Häuser wegrutschte und sie damit zum Einsturz brachte, wobei Männer, Frauen und Kinder unter den Trümmern begraben wurden.

Die Polizei und Feuerwehr eilte nach der Unglücksgegend, als der erste Donner der Katastrophe über die Stadt hallte. 25 Männer machten sich sofort unerschrocken an die Aufräumung der Trümmer und wurden unter Mauern begraben, die ohne jede Warnung plötzlich zusammenstürzten.

Bürgermeister Herriot, der frühere Ministerpräsident, traf bald nach der Katastrophe an der Unglücksstelle ein, wo er fast den ganzen Tag verblieb. Er sagte, daß ein derartiger Erdrutsch wegen der starken Regenfälle der letzten Tage befürchtet worden sei, und daß einige der Häuser an dem Hügel deswegen geräumt worden wären. Er begann eine Untersuchung, ob irgendwelche Warnungen oder Vorsichtsmaßregeln verabsäumt worden seien.

Es war ein „geologischer Rutsch", der die Katastrophe verursachte, sagten Ingenieure, und sie drückten gleichzeitig die Befürchtung aus, daß weiterer Regen einen neuen Erdrutsch bringen würde, der außerordentlich gefährlich sein könnte.

Die Rettung einer katholischen Ordensschwester grenzte ans Wunderbare. Sie schlief im Obergeschoß eines Hauses, als der ganze Raum mit ihrem Bett in den Keller geschleudert wurde. Nur einige Balken, die fallende Trümmer zurückhielten, bewahrten sie vor dem Tode. Rettungsarbeiter hörten ihre Hilferufe und arbeiteten sich 18 Fuß durch die Trümmer, um sie zwischen zwei Balken eingeklemmt zu finden. Sie wurde in ein Hospital gebracht, wo festgestellt wurde, daß sie zwar gelähmt ist, aber wahrscheinlich mit dem Leben davonkommen würde.

Zeritza gegen Müller-Guttenbrunn.

Wien. — Frau Maria Jeritza, die österreichische Opernsängerin, die seit Jahren zu den Sternen des New Yorker Opernhauses gehört, hat gegen den bekannten Wiener Schriftsteller Dr. R. Müller-Guttenbrunn einen Verleumdungsprozeß anstrengen lassen.

Dr. Müller-Guttenbrunn hat ein Buch geschrieben, das, wie sie behauptet, auf sie gemünzt ist. Nach Erscheinen des Buches hat sie einen richterlichen Beschlagnahmungsbefehl erwirken lassen.

WEIHNACHTSFAHRT
von Halifax
D. Cleveland
29. November 1930.

Kein schönerer Tag in Deutschland als Weihnachten, keine Freude größer für Ihre Lieben als Ihr Besuch zu den Feiertagen.

Jegliche Hilfe wird Ihnen durch unseren Sie begleitenden Beamten auf dem Wege nach Halifax, während der Seereise und nach Ankunft in Hamburg gewährt.

Frühzeitige Platzbelegung sichert die besten Kabinen.

Auskunft bereitwilligst.

HAMBURG-AMERIKA LINIE
208 Broder Bldg., Regina, Sask.
Montreal, Winnipeg, Edmonton, Toronto, Halifax.